

TÜRKIYE RIGHTS & JUSTICE BULLETIN

Weekly Human Rights & Justice Developments in Türkiye



**CROSSBORDER
JURISTS**

Ausgabe 5 | Datum 19.-25. Oktober

26.10.2026

Als Teil unserer Mission für Rechts- und Menschenrechtsverteidigung verfolgen wir die Entwicklungen im Bereich Recht und Menschenrechte in der Türkei aufmerksam. Im Rahmen dieser Arbeit veröffentlichen wir jede Woche einen Newsletter, der die Zusammenfassung der Vorwoche dokumentiert/archiviert.

WILLKÜRLICHE FESTNAHMEN UND VERHAFTUNGEN

24. Oktober: Im Rahmen der von der Oberstaatsanwaltschaft Muğla gegen die Gemeinde Milas geführten Ermittlungen wurden 18 Personen, darunter der Bürgermeister Fevzi Topuz und sein Sohn Doruk Topuz, [verhaftet](#).

23. Oktober: 34 Personen, darunter der Bürgermeister des Bezirks Çukurova in Adana, Emrah Kozay, der ehemalige Bürgermeister Soner Çetin und zwei stellvertretende Bürgermeister, wurden [verhaftet](#).

22. Oktober: Bei einer Razzia in 12 Provinzen mit Zentrum in Ankara gegen die als Süleymancılar bekannte Gemeinde wurden 19 von 38 festgenommenen Personen [verhaftet](#).

21. Oktober: Der Reporter der Zeitung BirGün, İsmail Arı, wurde auf Beschwerde des ehemaligen Präsidentschaftsmitglieds des Radio- und Fernsehaufsichtsrats Ebubekir Şahin hin von einem Friedensrichter [verhaftet](#).

20. Oktober: Nach Angaben des Abgeordneten Ömer Faruk Gergerlioğlu wurde der an Krebs erkrankte per Dekret entlassene Mathematiklehrer Mehmet Daylak, gegen den in Gaziantep Ermittlungen im Zusammenhang mit der Gülen-Bewegung liefen, nur 13 Tage nach seiner Entlassung erneut [verhaftet](#). Eine Niere von Mehmet Daylak wurde entfernt und er hat einen Schwerbehindertengrad von 86 %.

19. Oktober: Im Rahmen von Ermittlungen der Oberstaatsanwaltschaft Istanbul wegen des Vorwurfs der "Waschung von Geldern unbekannter Herkunft" durch zwei deutsche Staatsbürger wurden 15 Personen, darunter der Journalist Murat Ağirel, der sich wegen Berichten über eine Fonds-Krise unter Hausarrest befand, [verhaftet](#).

VERSAMMLUNGS- UND VEREINIGUNGSFREIHEIT

25. Oktober: Die Mahnwache im Zeltprotest gegen die Entscheidung "UVP Positiv" für das geplante Projekt "Zenkar 2 Solarkraftwerk und Energiespeicheranlage" im Ortsteil Kervansaray des Bezirks Sur in Diyarbakir geht in ihren dritten Tag. Nachdem Mitarbeiter des Unternehmens in Begleitung von Gendarmerie und Soldaten das Projektgelände betraten, wurde der Marsch der Anwohner in Richtung des Projektgeländes von der Gendarmerie [gestoppt](#).

24. Oktober: Während Journalisten verhaftet, Halk TV unter Zwangsverwaltung gestellt und der Zugriff auf T24 sowie zahlreiche Websites gesperrt wurde, organisierten Berufsverbände der Presse unter dem Motto "Nein zur Zensur, Freiheit für Nachrichten" zeitgleiche Demonstrationen in Istanbul Kadıköy, Ankara und Izmir. Die Märsche, zu denen Organisationen wie TGS, DİSK Basın-İş, Gazeteciler Cemiyeti, Basın Konseyi, ÇGD, İGC und DFG aufgerufen hatten, wurden von politischen Parteien, Gewerkschaften, Anwaltskammern und Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Bei den Aktionen am ersten Jahrestag der Einsetzung eines Zwangsverwalters bei TELE1 wurden Transparente mit der Aufschrift "Die freie Presse kann nicht zum Schweigen gebracht werden" und "Journalisten sind in Haft, Geldgeber sind frei" [getragen](#).

MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

23. Oktober: Die Vereinigung für Meinungsfreiheit (İFÖD) gab bekannt, dass für den YouTube-Kanal von Halk TV mit 2,6 Millionen Abonnenten, dessen

Benutzername am 14. Oktober gesperrt worden war, diesmal eine Zugangssperre über die URL basierend auf der Kanal-ID verhängt wurde. Der Kanal, der seinen Benutzernamen nach der Sperrentscheidung in @Halktv-eu geändert hat, wurde von YouTube aus der Türkei noch nicht unsichtbar gemacht. Die Zugangssperren gegen Halk TV dauern im Rahmen des Verfahrens zur Einsetzung eines Zwangsverwalters im Ermittlungsverfahren gegen den Eigentümer des Kanals, Cafer Mahiroğlu, [an](#).

21. Oktober: Die Zeitung Yeni Yaşam, deren Social-Media-Konten zuvor mehrfach gesperrt wurden, gab bekannt, dass der Zugang zu ihren Konten auf X erneut [gesperrt wurde](#).

21. Oktober: Der Medienbeobachtungsbericht des Unabhängigen Kommunikationsnetzwerks (BİA) für den Zeitraum Juli–September 2026 zeigt einen Anstieg von Druck und Zensur gegen Journalisten; in drei Monaten wurden sieben Journalisten verhaftet, während der Zugang zu mindestens 52 Online-Meldungen sowie zu X-Konten von 16 Journalisten und acht Medienorganisationen gesperrt wurde. Dem Bericht zufolge stießen Journalisten, die über Unregelmäßigkeiten auf dem Finanzmarkt berichteten, auf Zugangssperren, während T24 unter dem Vorwand von "LGBT-Propaganda" geschlossen wurde. Dies zeigt nach Aufhebung der Lizenzen von Açık Radyo und TELE1 die Fortsetzung der Politik zur Schwächung unabhängiger Medien. In den letzten drei Monaten wurden mindestens zwei Journalisten zu Haftstrafen verurteilt, während der im Oktober 2022 in Kraft getretene Artikel 217/A des türkischen Strafgesetzbuches weiterhin für Ermittlungen und

Verhaftungen von Journalisten genutzt [wird](#).

RICHTERLICHE UNABHÄNGIGKEIT UND RECHTSSTAATLICHKEIT

22. Oktober: Nach den Kommunalwahlen vom 31. März 2024 wechselte in 37 von 81 Provinzen die regierende Partei in den Gemeinden; unter Einschluss von Bezirks- und Gemeindeverwaltungen stieg die Zahl der zur AKP gewechselten Gemeinden auf 112. Während berichtet wurde, dass Verhaftungen, Absetzungen, Zwangsverwaltungen und Parteiwechsel von Bürgermeistern die politische Landkarte neu gestalten, behaupteten Oppositionsführer, dass einige Parteiwechsel durch Erpressung zustande [kamen](#).

19. Oktober: Richter Murat Arslan, Präsident der Richter- und Staatsanwältevereinigung (YARSAV), dem von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) der renommierte Václav-Havel-Menschenrechtspreis verliehen worden war, wurde nach Verbüßung seiner 10-jährigen Haftstrafe [entlassen](#).

19. Oktober: Die deutsche Zeitung Die Zeit berichtete, dass einige türkische Staatsbürger gegen Bezahlung Ermittlungsverfahren in der Türkei einleiten lassen, um bei Asylanträgen Beweise für politische Verfolgung vorzulegen. Laut dem Bericht von Christoph Heinemann sorgen Vermittler auf TikTok und Telegram gegen Schmiergeld dafür, dass echte Ermittlungsakten in UYAP eingetragen werden. Anbieter erstellen für 800 Euro Ermittlungs- und Anklageschriften, während Pakete, die auch die illegale Einreise nach Deutschland beinhalten, ab 6.000 Euro beginnen. Das Bundesamt für

Migration und Flüchtlinge (BAMF) erklärte, auf gefälschte UYAP-Websites gestoßen zu sein, während im Bericht angemerkt wurde, dass die Asylanererkennungsquote türkischer Staatsbürger von 43 % auf 12 % [gesunken ist](#).

FOLTER UND MISSCHANDLUNG

23. Oktober: Dem schwer kranken Gefangenen Abdullah Tirpan, der im Metris-Gefängnis in Istanbul festgehalten wird, wurde gestern Abend das linke Bein unterhalb des Knies amputiert. Da sich die Entzündung jedoch bis in den oberen Teil des Beins ausgebreitet hat, wurde [bekannt](#), dass Tirpan ein zweites Mal operiert werden muss und das Bein diesmal oberhalb des Knies amputiert wird.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT UND MENSCHENRECHTE

24. Oktober: Bei der 128. Ordentlichen Generalversammlung der Rechtsanwaltskammer Istanbul griff eine Gruppe, die auf das Entrollen einer LGBTI+-Flagge reagierte, diejenigen an, die die Flagge [entrollten](#).

KINDERRECHTE

22. Oktober: Im Bezirk Kapaklı in Tekirdağ wurde der 14-jährige F.K., ein Schüler der 9. Klasse des Berufsbildungszentrums (MESEM), in einer Autowerkstatt vom Betreiber Abdulkadir K. mit Tritten, Ohrfeigen und Fäusten geschlagen, unter dem Vorwand, er sei nicht zur Schule und zur Arbeit gekommen. Vorfälle dieser Art bringen erneut die Frage auf die Tagesordnung, ob das Ziel von MESEMs berufliche Bildung oder billige [Arbeitskraft ist](#).

FLÜCHTLINGE UND MIGRANTEN

20. Oktober: Bei zwei getrennten Vorfällen vor den griechischen Inseln Lesbos und Samos am 19. Oktober kamen 12 Flüchtlinge und Migranten ums Leben, darunter ein Baby. Vor Agrilia im Süden von Lesbos kenterte ein Schnellboot mit Flüchtlingen nach einer Kollision mit einem Patrouillenboot der griechischen Küstenwache. Die griechischen Behörden behaupteten, das Schnellboot sei mit dem Küstenwachenboot kollidiert, jedoch wurden die Ergebnisse einer unabhängigen Untersuchung des Vorfalls noch nicht veröffentlicht. Die griechische Polizei nahm einen 37-jährigen türkischen Staatsbürger unter den Geretteten unter dem Verdacht fest, das Boot gesteuert und Menschenschmuggels betrieben zu [haben](#).

RELIGIÖSE GRUPPEN

19. Oktober: Mitglieder des Cemevi und Anwohner starteten eine Mahnwache gegen die Übertragung und Räumung des Kırâç Cemevi in Esenyurt an die Cem-Stiftung. Der Präsident des Cemevi, Evren Kaya, erklärte, dass das Cemevi durch die Arbeit der Anwohner errichtet wurde, und behauptete, dass die Cem-Stiftung ihre Verbindungen im Ministerium für Umwelt und Stadtentwicklung genutzt habe, um den Grundbuchtitel zu erhalten, und sagte, sie hätten die Entscheidung vor Gericht gebracht. Kaya [sagte](#): "Dieser Ort gehört uns, wir haben ihn gebaut. Wir werden ihn auf keinen Fall der Cem-Stiftung übergeben."